

	180. Vollversammlung der AK Wien vom 14.11.2023
Gem	
Antrag Nr. 16	<i>Jugend durch politische Krisen begleiten und Demokratiebildung ausbauen</i>
Annahme	Ausschuss für Jugend, Bildung und Kultur

Der Antrag beschäftigt sich damit, wie geopolitische, kriegerische Auseinandersetzungen (bspw. der Nahostkonflikt) in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit bearbeitet werden können. Die Zuspitzung des Konflikts macht viele Kinder und Jugendliche emotional betroffen – durch Medienkonsum und soziales Umfeld sind sie einer doppelten Beeinflussung ausgesetzt. Sie sind betroffen von Antisemitismus wie auch von antimuslimischem Rassismus. Im Schulalltag fehlt es oft an Raum, Zeit und Expertise, um auf aktuelle Krisen zu reagieren. Der Antrag spricht sich zum einen für kurzfristig umsetzbare Maßnahmen aus (Informationspakete, Ruf-Workshops, Budgets für Exkursionen, Stundenkontingente für Auseinandersetzung mit dem Krieg, Fortbildungsmöglichkeiten). Zum anderen plädiert er mittelfristig für einen Ausbau der Politischen Bildung und stärkerer demokratischer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Maßnahmenpaket gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit, Ausbau außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit, Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs Politische Bildung an Schulen, verpflichtende Schulungen zum Thema Antisemitismus- und Rassismus-Prävention für alle zukünftigen Lehrkräfte.

Das von der AK unterstützte „Zentrum Politische Bildung“ an der PH Wien bot Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte an, etwa die Jahrestagung zur Menschenrechtsbildung „Kann man aus Krieg lernen?“. Zudem wurden Unterrichtsmaterialien zum Thema konzipiert und in Umlauf gebracht. Per „Arbeitswelt & Schule“-Sonder-Newsletter wurden Lehrkräfte über bestehende und neue Angebote informiert. Auch bei der von AK Wien und WIENXTRA jährlich organisierten Vernetzungsveranstaltung „Schule braucht Partner:innen“ standen das Thema Extremismusprävention und der Umgang mit dem Nahostkonflikt im Unterricht im Zentrum. Fabian Reicher von der Beratungsstelle Extremismus und bOJA (bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit) hielt dazu einen spannenden Vortrag. Im Unterrichtsausschuss des Nationalrats wurde ein Maßnahmenpaket zur Prävention von Extremismen beschlossen, in dem u.a. zusätzliche Mittel für die Abhaltung von thematisch passenden Schulveranstaltungen, Workshops und Exkursionen vorgesehen sind.